

Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6
I - 39100 Bozen (BZ)
Tel.: +39 0471 946158
freiheitliche@landtag-bz.org
freiheitliche@pec.prov-bz.org
die-freiheitlichen.com

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Josef Nogger
Bozen

Bozen, den 25. Juni 2019

ANFRAGE

336/19

Vorkaufsrecht bei denkmalgeschützten Kulturgütern

Die Autonome Provinz Bozen - Südtirol sowie die jeweilige Gemeinde haben bei denkmalgeschützten Kulturgütern ein Vorkaufsrecht. Das Vorkaufsrecht wird im Kodex der Kultur- und Landschaftsgüter (gesetzesvertretendes Dekret Nr. 42 vom 22. Jänner 2004) sowie im Landesgesetz vom 12. Juni 1975, Nr. 26 geregelt. So ist im Artikel 60, Absatz 1 des gesetzesvertretendes Dekret Nr. 42 vom 22. Jänner 2004 Folgendes festgehalten:

„Das Ministerium oder in dem von Artikel 62 Absatz 3 vorgesehenen Fall die Region oder die anderen daran interessierten Gebietskörperschaften haben das Vorkaufsrecht auf entgeltlich veräußerte oder in Gesellschaften oder Genossenschaften eingebrachte Kulturgüter, und zwar zu dem im Veräußerungsakt angegebenen Preis bzw. zu dem im Überlassungsakt angegebenen Wert.“

Es besteht eine Meldepflicht, um das Vorkaufsrecht geltend zu machen. Jedoch kommt es vor, dass Gesellschaften, welche im Besitz von denkmalgeschützten Kulturgütern sind, Gesellschaftsanteile (mehrheitlich) veräußern, sodass es zu einem Besitzwechsel kommt. Auch die Kulturgüter gehen auf die neuen Gesellschafter über, aber grundbücherlich scheint nach wie vor dieselbe Gesellschaft als Eigentümer der Kulturgüter auf.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Landesregierung verbunden mit der Bitte um schriftliche Antwort:

1. Besteht ein Vorkaufsrecht bei denkmalgeschützten Kulturgütern, die sich im Besitz einer Gesellschaft befinden, wenn die Gesellschaftsanteile (mehrheitlich) verkauft werden sollen, sodass es de facto zu einem Besitzerwechsel kommt? Wenn Ja, besteht eine entsprechende Meldepflicht?
2. Welche Möglichkeiten bestehen das Vorkaufsrecht geltend zu machen, wenn die Gesellschaftsanteile veräußert werden, die Meldepflicht unterlassen wird und sich auch grundbücherlich nichts ändert?
3. In wie vielen Fällen in den vergangenen fünf Jahren wurden das Land oder andere öffentliche Körperschaften über ihr Vorkaufsrecht im Zuge von Gesellschafts(anteile)veräußerungen informiert und wo machten die Körperschaften von ihrem Vorkaufsrechts Gebrauch?
4. In wie vielen Fällen wurde das Land oder andere öffentliche Körperschaften nicht oder zu spät über ihr Vorkaufsrecht informiert im Zuge von Veräußerungen von Gesellschaftsanteilen? Welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen?

L. Abg. Andreas Leiter Reber



Bozen/Bolzano, 24.07.2019

Bearbeitet von/redatto da:
Christine Roilo
christine.roilo@provinz.bz.it

An den Landtagsabgeordnete/n
Andreas Leiter Reber
Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6

39100 Bozen BZ

Zur Kenntnis: An den
Präsidenten des Südtiroler Landtags
Herrn Josef Noggler
Silvius-Magnago-Platz 6

39100 Bozen BZ

Beantwortung Landtagsanfrage Nr. 336/19 „Vorkaufsrecht bei denkmalgeschützten Kulturgütern“

Sehr geehrter Herr Leiter Reber,

in Beantwortung Ihrer im Betreff angeführten Anfrage wird wie folgt mitgeteilt:

1. Besteht ein Vorkaufsrecht bei denkmalgeschützten Kulturgütern, die sich im Besitz einer Gesellschaft befinden, wenn die Gesellschaftsanteile (mehrheitlich) verkauft werden sollen, sodass es de facto zu einem Besitzerwechsel kommt? Wenn ja, besteht eine entsprechende Meldepflicht?

Bei der Übertragung oder Einbringung von Gesellschaftsquoten, bei Gesellschaftsauflösung und Zuweisung der Quoten an die einzelnen Privatpersonen, bei der Fusion von Gesellschaften und bei gegenseitigen Zuweisungen zwischen Miteigentümern besteht eine entsprechende Meldepflicht und kann das Vorkaufsrecht ausgeübt werden.

2. Welche Möglichkeiten bestehen, das Vorkaufsrecht geltend zu machen, wenn die Gesellschaftsanteile veräußert werden, die Meldepflicht unterlassen wird und sich auch grundbücherlich nichts ändert?

Bei der Änderung eines Gesellschafters bzw. bei der Änderung der Gesellschaftsform oder der Benennung ändert sich grundbücherlich nichts, da keine Eigentumsübertragung stattfindet. Wo keine Eigentumsübertragung stattfindet, besteht kein Vorkaufsrecht.

3. In wie vielen Fällen in den vergangenen fünf Jahren wurden das Land oder andere öffentliche Körperschaften über ihr Vorkaufsrecht im Zuge von Gesellschafts(anteile)veräußerungen informiert und wo machten die Körperschaften von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch?

2014: 52 Meldungen
2015: 46 Meldungen
2016: 81 Meldungen
2017: 59 Meldungen
2018: 40 Meldungen

In den Jahren 2014-2017 wurde weder von Seiten des Landes noch von Seiten der Gemeinde die Vorkaufsrechte ausgeübt. Im Jahr 2018 wurden von Seiten der Gemeinden zwei Vorkaufsrechte ausgeübt.



4. In wie vielen Fällen wurde das Land oder andere öffentliche Körperschaften nicht oder zu spät über ihr Voraufsrecht informiert im Zuge von Gesellschaftsanteilen? Welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen?

Da die Denkmalschutzbindung im Grundbuch angemerkt ist und die Notare/-innen dieses genau prüfen, kommt es nicht zu Fehlinformationen.

Freundliche Grüße

Die Landesrätin
Maria Hochgruber Kuenzer
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Firmato digitalmente da: Maria Magdalena Hochgruber
Data: 24/07/2019 07:53:56